

## Entwicklungspolitischer Rundbrief Nr. 6

### Heike Hänsel

Entwicklungspolitische Sprecherin und Obfrau  
im Unterausschuss Vereinte Nationen

### Hüseyin-Kenan Aydin

Obmann im Ausschuss für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung



Berlin, den 29.6.2006

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

am 2. Juni, unmittelbar nach der Präsidentschaftswahl in **Kolumbien**, führte die Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag ein öffentliches **Hearing** zur aktuellen politischen und sozialen Situation in diesem nach wie vor durch Menschenrechtsverletzungen und Gewalt geprägten Land durch. Sachverständige aus Kolumbien, der Schweiz, Frankreich, den Niederlanden und Deutschland berichteten den rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern über die Verstrickung von politischer, krimineller und struktureller Gewalt in Kolumbien und debattierten Alternativen für eine friedliche Konfliktlösung. Dazu dokumentieren wir ab Seite 2:

- Bericht: Kolumbien-Anhörung der Fraktion DIE LINKE.
- Interview: Gloria Cuartas, die „Bürgermeisterin des Friedens“

Vom 15. bis 18. Juli 2006 treffen in **St. Petersburg**/Russland die Regierungschefs der so genannten **G8**-Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland, USA) zusammen. Die Kritik an der Anmaßung der G8-Beratungen, im exklusiven Zirkel Verabredungen von globaler Tragweite treffen zu wollen, wächst. DIE LINKE. äußert ihre Kritik in einem Antrag und beteiligt sich überdies an den Protesten in St. Petersburg. Die neoliberale Agenda wird auch im Rahmen der WTO-Verhandlungen vorangetrieben. Ganz oben auf der Agenda der Staaten des Nordens steht dabei die Öffnung der Dienstleistungsmärkte im Süden. Zum bevorstehenden Gipfel der G8 und zur laufenden WTO-Verhandlungsrunde dokumentieren wir ab Seite 8:

- Antrag der Fraktion DIE LINKE.: Für demokratische internationale Entscheidungsprozesse statt G8 (Drucksache 16/1879)
- Kleine Anfrage (16/1384) und Antwort der Bundesregierung (16/1528) zur Position der Bundesregierung in den NAMA-Verhandlungen

Zur abschließenden **Beratung des Bundeshaushalts** dokumentieren wir ab Seite 18:

- Rede von Heike Hänsel am 21.6.2006: Entwicklungspolitik muss Alternativen zur Weltwirtschaftsordnung formulieren.

## Kolumbien-Hearing der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag: Wege zu einer friedlichen politischen Konfliktlösung.

Vorab-Bericht von Alexander King

Am 2. Juni 2006 veranstaltete die Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag eine öffentliche Anhörung zur aktuellen politischen und sozialen Lage in Kolumbien – wenige Tage nach der Präsidentschaftswahl vom 28. Mai. Über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer folgten den Ausführungen der Podiumsgäste, die aus Kolumbien und mehreren europäischen Ländern angereist waren – darunter die „Bürgermeisterin des Friedens“ Gloria Cuartas.

Auf dem Hearing der Linksfraktion beleuchteten die Sachverständigen unterschiedliche Aspekte der aktuellen Situation in Kolumbien, wo viele Menschen nach wie vor massiv von Menschenrechtsverletzungen bedroht sind. **Dabei sind politische, strukturelle und kriminelle Gewalt eng miteinander verknüpft.**

- Der Autor Raúl Zelik erläuterte die enge Verstrickung des Staatsapparats und der rechts-konservativen Regierung von Álvaro Uribe mit den rechten Paramilitärs. Unmittelbar vor der Präsidentschaftswahl war diese Verstrickung durch die Aussagen eines früheren Geheimdienstmitarbeiters in die öffentliche Debatte geraten.

- In Kolumbien engagierte Konzerne wie Coca-Cola und Nestlé profitieren ungeniert vom Terror der Paramilitärs gegen Gewerkschafter. Zelik und andere engagieren sich deshalb in der Coca-Cola-Kampagne, um diese Zusammenhänge auch vor dem Hintergrund der Fußballweltmeisterschaft, auf der Coca-Cola als großer Sponsor auftritt, sichtbar zu machen und den Druck auf die Multinationals zu erhöhen, ihre Arbeiter zu schützen, ihnen würdige Arbeitsbedingungen zu schaffen und Mitbestimmungsrechte einzuräumen.

- Das Programm zur „Nationalen Versöhnung“ der Regierung Uribe wurde auf der Anhörung kritisch analysiert. Die Demobilisierung der Paramilitärs wirke vor allem als Generalamnestie, die Interessen ihrer Opfer spielten dabei eine untergeordnete Rolle, kritisierte Alexandra Huck von KOLKO (Menschenrechte für Kolumbien). Die Paramilitärs gäben nicht alle Waffen ab, vielfach organisierten sie sich neu.

- Bettina Reis von der Informationsstelle Lateinamerika machte darauf aufmerksam, dass die „Friedenslabors“, auf die sich die europäische Entwicklungszusammenarbeit mit Kolumbien positiv bezieht, in einigen Fällen als Teil der Kriegsstrategie der Regierung missbraucht werden: Sie flankieren vielerorts den Kampf um die Kontrolle ökonomisch bedeutsamer Regionen und setzen dort eine konservative Hegemonie durch. Stefan Offeringer von Misereor fragte deshalb, ob die deutsche Entwicklungszusammenarbeit diese Zusammenhänge wirklich erkennt und berücksichtigt.

- Ein besonders kritischer Blick wurde auf die Kolumbien-Politik der USA geworfen. Sie stütze sich voll auf den kolumbianischen Repressionsapparat, kritisierte der Autor Darío Azzellini. Der Plan Colombia, für den die USA bereits 3,5 Mrd. Euro aufgewandt haben, habe vor allem eine starke militärische Komponente: die gewaltsame Niederschlagung der linken Guerilla und den Ausbau der militärischen Präsenz der USA in Südamerika.

- Die Bekämpfung des Koka-Anbaus im Rahmen des Plan Colombia mittels großflächiger Besprühungen schädigt die Kleinbauern, auch die, die kein Koka anbauen, und die Umwelt, beklagten die kolumbianischen Menschenrechtsaktivisten Julio Avella und Naca Mandinga. Letzterer verwies als Vertreter des „Proceso de Comunidades Negras“ auf die doppelte Diskriminierung der schwarzen und indigenen Bevölkerung in Kolumbien. Von

den Vertreibungen, die mit der Bekämpfung der Guerilla begründet werden, mit denen sich aber ökonomische Interessen – die Kontrolle über rohstoffreiche Regionen – verbinden, sind indigene und afrokolumbianische Gruppen in besonderem Maße betroffen.

- Nicht nur die USA, auch die EU unterstützt die Regierung Uribe. Auch seitens der Bundesregierung sind frühere kritischere Töne einem grundsätzlichen Einverständnis gewichen. Kolumbien unter der Regierung Uribe gilt als Bollwerk gegen den linken Aufbruch in Lateinamerika und gegen die regionalen Integrationsbemühungen des venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez.

- Kolumbien vereinbarte in diesem Jahr ein Freihandelsabkommen mit den USA – gegen den Widerstand der kolumbianischen Kleinbauern, die fürchten, in der Konkurrenz mit billiger Importware aus den USA zu unterliegen. Auch die EU verspricht sich von Uribe Unterstützung bei ihren Bemühungen, mit lateinamerikanischen Staatengruppen Freihandelsabkommen zu vereinbaren.

Friedliche Wege aus der strukturellen, kriminellen und politischen Gewalt wiesen die Referentinnen und Referenten aus Kolumbien auf, insbesondere Gloria Cuartas, die als Bürgermeisterin der Stadt Apartadó für ihr Engagement von der UNESCO als „Bürgermeisterin des Friedens“ ausgezeichnet wurde. Sie entwarf ihr Projekt einer „Landkarte des Friedens“, eines ständig wachsenden Netzwerkes von Kommunen, aus denen heraus soziale und politische Gruppen wechselseitige Unterstützung im Kampf um Frieden und soziale Rechte organisieren. Sie selbst ist aktiver Teil dieser Bewegung (vgl. Interview mit Gloria Cuartas ab S. 4). Mit dem Aufbau des Polo Democrático entsteht nun eine landesweit organisierte Kraft, die in diesem Sinne wirksam werden kann.

Wenige Tage nach der Präsidentschaftswahl in Kolumbien, aus der Amtsinhaber Álvaro Uribe mit 62 Prozent als Sieger hervorgegangen war, berichtete die Entwicklungspolitische Sprecherin der Linksfraktion Heike Hänsel von ihrer Teilnahme an einer Internationalen Wahlbeobachtermission. Der Wahlkampf hatte in einem Klima der Einschüchterung stattgefunden. Doch auch wenn das Wahlziel der Linken, Uribe in einen zweiten Wahlgang zu zwingen, deutlich scheiterte, konnte der Polo Democrático mit seinem Kandidaten Dr. Carlos Gaviria einen Erfolg erzielen: Gaviria erhielt 22 Prozent und platzierte den Polo damit auf dem zweiten Rang vor den Liberalen. Damit wurde erstmals das traditionelle Zweiparteiensystem mit Konservativen und Liberalen durchbrochen.



Aus der Anhörung ergaben sich konkrete Arbeitsaufträge für die deutsche Linke. Die Fraktion DIE LINKE. wurde aufgefordert, mehr Druck auf die Bundesregierung auszuüben, die Wahrung der Menschenrechte stärker als bisher zum Maßstab der EZ mit Kolumbien zu machen. Die deutsche EZ solle verstärkt in einen Dialog mit den zivilgesellschaftlichen Kräften eintreten.

Außerdem wurde ein neuer Blick auf den Komplex Koka-Anbau und Drogenhandel gefordert. Dieser neue Blick muss auf die Tatsache gerichtet werden, dass

nicht nur der Endverbrauch, sondern vor allem der Großteil der Gewinnabschöpfung im Drogenhandel und der Investition dieser Gewinne im Norden stattfindet. Aus dieser Perspektive wird der Drogenhandel zu einem Problem des Nordens. Der traditionelle Anbau und Nutzung von Koka in Kolumbien und anderswo müssen neu bewertet werden. Bezüglich der deutschen Verstrickung in die Konflikte in Kolumbien wurde verabredet, dass die Fraktion DIE LINKE. Kleine Anfragen einbringt, um die deutsche Kolumbien-Politik – beispielsweise die Zusammenarbeit zwischen Bundesgrenzschutz und kolumbianischem Zoll – kritisch auszuleuchten.

Die Fraktion DIE LINKE. hat im Zuge der Anhörung neue Partnerinnen und Partner in Kolumbien, Deutschland und Europa gefunden. Sie wird sich weiter mit der politischen und sozialen Situation in Kolumbien beschäftigen und dabei auch die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Initiativen wie der Coca-Cola-Kampagne suchen (zur weiteren Information siehe [www.kolumbienkampagne.de](http://www.kolumbienkampagne.de)). Der nächste Schritt soll die Gründung einer AG Lateinamerika innerhalb der Fraktion sein. Diese AG wird offen, das heißt unter Beteiligung von Interessierten außerhalb der Fraktion arbeiten.

**Die Anhörung wird in einer Broschüre dokumentiert, die im Büro von Heike Hänsel bestellt werden kann: Telefon: 030 227 73179, Email: [heike.haensel.ma01@bundestag.de](mailto:heike.haensel.ma01@bundestag.de)**

---

## 2.6.2006 Interview: Gloria Cuartas

### Gloria Cuartas im Interview

*Gloria Cuartas ist ehem. Bürgermeisterin von Apartadó, ausgezeichnet von der Unesco als „Bürgermeisterin für den Frieden“. Bei den Präsidentschaftswahlen Ende Mai hat sie den Polo Democrático unterstützt. Anfang Juni war sie auf Einladung der Fraktion DIE LINKE Referentin einer Kolumbien-Anhörung im Bundestag.*



### Fragen von Heike Hänsel

#### **Was ist der POLO DEMOCRATICO ALTERNATIVO?**

Der POLO DEMOCRATICO ALTERNATIVO (**P.D.A**) oder ALTERNATIVER DEMOKRATISCHER POL ist eine VEREINIGUNG unterschiedlicher politischer und sozialer Bewegungen. Seine Vorgeschichte liegt im politischen Leben des Landes und in den Jahren der Ausrottung und des politischen Ausschlusses linker Kräfte. Jede dieser politischen und sozialen Kräfte ging ihren eigenen Weg. Vor 8 Jahren sind über den **FRENTE SOCIAL Y POLITICO, F.S.P** (SOZIALE UND POLITISCHE FRONT) verschiedene Plattformen für den Dialog eröffnet worden und als Teil dieses Prozesses entstanden dann die **ALTERNATIVA DEMOCRATICA (Demokratische Alternative)** und der **POLO DEMOCRATICO INDEPENDIENTE** (unabhängiger demokratischer Pol). Adressaten waren Gewerkschaften, Kleinbauern und indianische Bevölkerung, KolumbianerInnen afrikanischer Abstammung, Frauenbewegung, StudentInnen, ArbeiterInnen, UmweltaktivistInnen und viele andere mehr.

Im Dezember 2005 entstand aus den vielfältigen Strömungen von progressiven Linken und Unabhängigen erstmalig eine VEREINIGUNG der Linken. Dies ist eine **vereinte Alternative**, der sich die reale Möglichkeit eröffnet, zu einer starken politischen Kraft zu werden, die mit Würde auf soziale Veränderungen abzielt; Veränderungen, die Arbeit, Bildung, Gesundheit und öffentliche Daseinsfürsorge für das kolumbianische Volk garantieren sollen; ohne diese Veränderungen wird eine Befriedung des Landes kaum möglich sein.

### ***Was ist Deine Meinung zu den Wahlen?***

Die in Kolumbien am 28. Mai 2006 abgehaltenen Wahlen gehörten zu den meistbeachteten in Lateinamerika und in der Karibik, u. a. auch wegen der Prozesse des Aufbaus und des zivilen Widerstands und der Konsolidierung von alternativen Ansätzen, die sich in Venezuela, Kuba, Bolivien, Ecuador, Brasilien, Argentinien und Uruguay herauskristallisieren. Wir erkennen den Fortschritt des **POLO** an, denn zum ersten Mal hat sich die Linke in Kolumbien für die Wahlen vereint und 2,6 Millionen Menschen haben für die Vorhaben von POLO, für den Aufbau der Demokratie, für das Leben und für den Frieden gestimmt. Es sind die Stimmen derjenigen, die erkennen, dass es in Kolumbien eine andere Art zu leben gibt, eine andere Art, interne Konflikte zu lösen, die keine Ungleichheit und keinen Ausschluss akzeptieren und auch keine wirtschaftliche, militärische und politische Besetzung unseres Landes durch die Regierung der Vereinigten Staaten.

### ***In welchem Klima fanden die Wahlen statt?***

Inmitten eines Klimas der Einschüchterung, der Legalisierung paramilitärischer Handlungen und des Bündnisses mit dem Drogenhandel über das Gesetz "Gerechtigkeit und Frieden"; das die Straflosigkeit fördert, indem es die Paramilitärs in die Gesellschaft integriert, sie legalisiert, ihnen Straffreiheit gewährt und dabei von Rechts wegen ihre grauenhafte Vergangenheit löscht. Die Unterstützung, die dies durch die Medien, den Gesetzgeber, die Machthaber und durch Eingriffe in die Lokal- und Regionalpolitik, in die Parteipolitik und in die Institutionen und auch durch die internationale Zusammenarbeit erfahren hat, lässt bei uns Zweifel aufkommen, ob es unter diesen Umständen tatsächlich möglich ist, von Frieden zu reden. Die Verfassungsänderung zugunsten der Wiederwahl, das war eine Gesetzgebung zu persönlichen Zwecken. Die Wiederwahl ist NICHT das eigentliche Problem, das Problem ist das Programm zur Vertiefung des Krieges, die territoriale Umgestaltung im Dienste multinationaler Unternehmen, wie bereits aus Alvaro Uribes langfristig ausgelegtem Programm "**Vision Kolumbien 2019**" ersichtlich; schon bevor er seine zweite Amtsperiode antritt, wird im kolumbianischen Parlament bereits ein neues Gesetzesvorhaben vorbereitet, um durch eine erneute Verfassungsänderung eine weitere Wiederwahl zu ermöglichen.

### ***Wie beurteilst Du das Ergebnis und die bisherige Politik von Alvaro Uribe?***

Der so genannte Sieg von Alvaro Uribe, d.h. mit 7 Millionen Stimmen, scheint wahrhaftig überwältigend zu sein. Aber man muss auch die starke Wahlenthaltung im Lande berücksichtigen; von 26 Millionen wahlberechtigten Kolumbianerinnen und Kolumbianern sind letztendlich nur 12 Millionen zu den Wahlurnen gegangen.

Die internationale Gemeinschaft sieht Uribe an der Seite derjenigen, die das von den Vereinigten Staaten propagierte Modell des globalen Terrorismus anwenden. Dieses Modell kann in dem Satz zusammengefasst werden: "Wer nicht für die Expansions- und Beherrschungspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika ist, der ist auf der Seite des

Terrorismus" (eine Aussage, die zum Teil auch eindeutig in der Sicherheitspolitik des Wahlsiegers enthalten ist). Uribe ist in Lateinamerika und der Karibik ein bedingungslos ergebener Verbündeter der USA – diesbezüglich möchte ich daran erinnern, dass im Irak-Krieg Kolumbien eines der Länder gewesen ist, die die Invasion unterstützt haben – und Garant einer Politik, die im Dienste der kolumbianischen Oligarchie steht.

Mit anderen Worten: Seine Politik "des großen Herzens und der harten Hand" bedeutet, die tiefe soziale Ungleichheit aufrechtzuerhalten und die sozialen und bewaffneten Konflikte mit Gewalt zu lösen; dabei wird die von den USA strategisch vorgegebene Kriegspolitik verstärkt und durch den "Plan Patriota" umgesetzt, um durch Waffengewalt den Aufstand auszulöschen, der in der öffentlichen Meinung als Terrorismus dargestellt wird; ohne ein politisches Projekt und ohne Faktoren wie Ungleichheit und historischen Ausschluss der Mehrheit der kolumbianischen Bevölkerung zu berücksichtigen.

Die Einführung des Gemeinschaftsstaates macht den Staat zum gewinnorientierten Unternehmen, Wirtschaftswachstum soll durch Kosteneinsparungen herbeigeführt werden – zum Beispiel durch Reduzierung der Anzahl öffentlicher Angestellter.

Die Rechten konsolidieren sich in einer einzigen politischen Bewegung, in der sich Liberale und Konservative, d.h. die Traditionsparteien Kolumbiens, vereint haben, um sich an der Macht zu halten. Mit dem Wahlsieg der Anhänger und Parteien Uribes, die 63 % der Sitze im Senat und 53 % in der Abgeordnetenversammlung erhalten haben, wird die Situation für die linke parlamentarische Plattform schwieriger; einer der hier zu verfolgenden Wege wird die Mobilisierung der Bevölkerung sein. Wir werden den zivilen Widerstand im Lande fortführen als Männer und Frauen, die in einem politischen Prozess wie dem POLO zusammengefunden haben. Allerdings werden die Akteure des zivilen Widerstands, u. a. Angehörige indigener Gemeinschaften, Kolumbianer afrikanischer Abstammung oder die Bauerngemeinschaften größeren Bedrohungen ausgesetzt sein, da die Regierung verstärkt ihre Macht gegen sie einsetzt.

### ***Viele loben Uribe wegen seiner Friedenspolitik, wegen der Demobilisierung der Paramilitärs. Wie ist Situation heute in Kolumbien?***

Es ist nicht möglich, in Kolumbien von einer Friedenspolitik zu sprechen. Zurzeit verfestigt sich ein Prozess der Straflosigkeit, der die soziale Bewegung zu einer Spaltung führt. Wir stellen bei der kolumbianischen Opferbewegung eine ablehnende Haltung gegenüber der internationalen Zusammenarbeit fest; es sollen KEINE Prozesse unterstützt werden, die sich gegen die Wahrheit, die Gerechtigkeit und die Entschädigung richten.

Es gibt zum Beispiel die Friedensgemeinde San José de Apartadó. Seit über 9 Jahren verlangt diese Gemeinde, man möge sie respektieren und auf ihrem Territorium leben lassen, ohne ihre Teilnahme an den bewaffneten Auseinandersetzungen zu erzwingen. Das Militär und auch die paramilitärischen Kräfte verstärkten daraufhin die Verfolgung, und es gibt über 620 Fälle der Gewalt gegen die Bevölkerung; von diesen Straftaten sind heute über 170 straffrei gestellt worden, und die Gemeinde wird weiterhin bedroht. Wie diese gibt es Tausende von Fällen, die sich im ganzen Lande wiederholen, sogar in den so genannten "Friedenslabors" [1] besteht die Gewalt gegen die Bevölkerung fort; dies erfordert eine Reaktion, die der Gewalt einen Riegel vorschiebt.

### ***Welche politischen Alternativen gibt es für die Lösung dieses Konflikts?***

Der Ausweg aus diesem kolumbianischen Konflikt sind der Dialog und die Politik, aber nicht die Gewalt, nicht das Militär. Auf internationaler Ebene muss die tatsächliche

Bedeutung des Plans "Militärische Besetzung Kolumbiens durch die Vereinigten Staaten" erkannt werden; es muss überprüft werden, ob die Unterstützung der Europäischen Union tatsächlich Prozesse von Entwicklung und Frieden in Gang setzt, oder ob es erforderlich ist, nach der Wahl den Dialog mit den sozialen und politischen Organisationen zu intensivieren. Es ist wichtig, entschieden den Dialog zu unterstützen, der humanitäre Abkommen und Verhandlungen zwischen der Guerilla und der Kolumbianischen Regierung ermöglicht. Auch der POLO braucht Unterstützung als politische und soziale Linke, die bestrebt ist, den Dialog zu eröffnen mit verschiedenen Sektoren der Gesellschaft: Unternehmern, Universitäten und Gemeinschaften, und die nicht weiter eine passive Rolle als Zuschauer der Ausrottung und des Völkermords an breiten Schichten der Gesellschaft einnehmen will; wir bestehen auf unserem Recht auf ein Leben in Würde, auf Frieden und auf soziale Gerechtigkeit.

### ***Was erwartest Du von der deutschen und europäischen Politik?***

Wir möchten mit ihr einen Dialog eröffnen, um zu zeigen, wie schlimm die Menschenrechtssituation in Kolumbien tatsächlich ist. Kolumbien erfüllt die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen noch immer nicht, und dies müsste die Europäische Union dazu bringen, eine stärkere politische Kontrolle über die Beziehungen mit Kolumbien auszuüben, indem sie auf die Einhaltung besteht. Wir erwarten, dass sie die Rechte der Bauernorganisationen, der indigenen Organisationen und der Kolumbianer afrikanischer Abstammung anerkennt, sowie die Frauenbewegung, die dabei ist, alternative Lebensformen auszuarbeiten; wir wünschen, dass die EU den kolumbianischen Staat auffordert, diese legitimen Alternativen zu respektieren und nicht zu bekämpfen.

### ***Was erwartest Du von der Linken und von den sozialen Bewegungen, wie können sie den Friedensprozess unterstützen?***

Die Unterstützung und Solidarität, die wir von deutschen Schwesterorganisationen erhalten haben, waren für uns sehr wichtig, um mit dem Aufbau von Friedensvorschlägen vorankommen zu können.

Also ich glaube, dass es sehr wichtig ist, den **POLO** als die Kolumbianische Linke und in seinem Recht auf politische Opposition zu unterstützen. Es ist sehr wichtig, eine politische Beziehung mit der deutschen und der europäischen Linken zu vertiefen, die tatsächlich in die internationale Politik, von Europa nach Kolumbien, eingreift. Wir brauchen den wirtschaftlichen, politischen, sozialen und sozialwissenschaftlichen Austausch mit den Organisationen, die an anderen Alternativen in Kolumbien arbeiten.

Wir sollten einen 'Wanderlehrstuhl Kolumbien' für die Schulen in Deutschland einrichten, um das Land mit seinem Potential und mit seinen Schwierigkeiten zu zeigen, als eine Landschaft der Hoffnung. Damit die Kinder ein lebensbejahendes Kolumbien kennen lernen, ein Kolumbien, das die Mitarbeit und die Solidarität braucht, für den Respekt und die Beziehungen unter Gleichen, die uns als Grundlage für die nächsten Generationen dienen möge. Es ist wichtig, zwischen den sozialen Bewegungen in Europa und Kolumbien einen solidarischen Austausch zu entwickeln, der den interkulturellen Dialog und die Friedensarbeit fördert. Wir wollen auch die Kommunikation auf gleicher Augenhöhe mit sozialen Bewegungen Deutschlands vertiefen.

---

[1] Die Friedenslabors sind die Projekte für ganzheitliche Arbeit einer Gemeinschaft, die von der EUROPÄISCHEN UNION in drei Regionen des Landes (in Magdalena Medio, im Osten von Antioquia und im Süden Kolumbiens) unterstützt werden; neuere Untersuchungen zeigen die Erfordernis, dieses Investitionsvorhaben der Europäischen Union zu überprüfen, da es zu wiederholten Menschenrechtsverletzungen gekommen ist und Modelle der territorialen Neuordnung erarbeitet wurden.

## **Für demokratische internationale Entscheidungsprozesse statt G8**

**Antrag der Abgeordneten Ulla Lötzer, Heike Hänsel, Hans-Kurt Hill, Dr. Barbara Höll, Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydın, Eva Bulling-Schröter, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Lutz Heilmann, Dr. Hakki Keskin, Katrin Kunert, Michael Leutert, Dr. Norman Paech, Paul Schäfer (Köln), Dr. Kirsten Tackmann, Alexander Ulrich, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE. (Drucksache 16/1879)**

**Der Bundestag wolle beschließen:**

### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Vom 15. bis 18. Juli 2006 treffen in St. Petersburg/Russland die Regierungschefs der so genannten G8-Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland, USA) zusammen. Auf den Gipfeltreffen der G8 werden regelmäßig Verabredungen von globaler Tragweite getroffen. Über die alljährlichen Gipfeltreffen hinaus koordiniert die G8, zum Beispiel auf der Ebene informeller Fachministertreffen und in Expertenrunden, die Politik der mächtigsten Staaten in wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fragen von globaler Bedeutung. Dabei hat die G8 ihr Themenspektrum während der letzten Jahre stetig erweitert. Sie nimmt Einfluss auf die Geschäftspolitik von IWF und Weltbank, trifft Absprachen im Kampf gegen den Terrorismus und zur Abwehr von Flüchtlingen, zu Klimaschutz, Schuldenproblematik, Energiefragen und zur Reform der Vereinten Nationen.

An den G8-Treffen nehmen Regierungen von Staaten teil, in denen insgesamt ein knappes Siebtel der Weltbevölkerung lebt. Es werden in dieser Runde aber politische und ökonomische Entscheidungen gefällt, die Auswirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft und auf Entwicklungschancen vieler Länder und Regionen haben – insbesondere solcher Länder und Regionen, die auf den G8-Tagungen nicht mit am Tisch sitzen. Gleichzeitig werden mit der Verlagerung von grundlegenden politischen und ökonomischen Entscheidungen auf die Ebene von Absprachen zwischen Regierungen, ohne Kontrolle und Gestaltungsmöglichkeit der nationalen Parlamente und unter Ausschluss der Öffentlichkeit, die demokratisch gewählten Parlamente entmachtet. Für die Tragweite der Themen, über die der G8-Gipfel entscheidet, fehlt ihm die Legitimität.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass sich auf den Sozialforen neue demokratische Wege der politischen Auseinandersetzung und Meinungsbildung im internationalen Maßstab zunehmend erfolgreich erproben und dass dort Alternativen zur herrschenden neoliberalen Wirtschafts- und Entwicklungsdoktrin erarbeitet werden. Die Kritik an der Politik der G8 und allgemeiner an der Machtanmaßung der G8-Regierungen drückt sich außerdem in regelmäßigen massiven Protesten gegen die G8-Gipfeltreffen aus. Den Gipfel 2005 in der britischen Ortschaft Gleneagles begleiteten rund 200 000 Demonstrantinnen und Demonstranten. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Proteste, die zum G8-Gipfel in St. Petersburg angekündigt wurden, und ruft die russische Regierung auf, diese Proteste nicht zu behindern.

Das neoliberale Wirtschafts- und Entwicklungsmodell, das die G8 repräsentiert, hat Lebens- und Entwicklungschancen vieler Menschen und Regionen im Süden und im Norden zerstört und nur wenige am wachsenden Wohlstand beteiligt. Dass dieses Modell weltweit an Bindungskraft verliert, zeigen beispielsweise die politischen Veränderungen in Lateinamerika und Europa. In vielen Ländern werden Vertreterinnen und Vertreter dieses Modells abgewählt und soziale und demokratische Alternativen diskutiert und eingefordert.

Die aktuellen regionalen Integrationsbestrebungen in Lateinamerika, die den Versuch unternehmen, internationale Beziehungen partnerschaftlich zu organisieren, stellen ein Gegenmodell zu den bisherigen dominanzgeprägten Nord-Süd-Beziehungen dar. Die erfolgreiche Mobilisierung gegen neoliberale Projekte in Europa (Scheitern des Verfassungsentwurfs, Protest gegen die Dienstleistungsrichtlinie, erfolgreicher Widerstand in Frankreich gegen die Arbeitsmarktreform) stellt die Politik der G8 zusätzlich in Frage.

Der russische Präsident und Gastgeber des diesjährigen G8-Gipfels, Vladimir Putin, hat angekündigt, die globale Energiesicherheit zu einem zentralen Thema des Gipfels machen zu wollen. Als Basis hat er einen „Saint-Petersburg Plan of Action – Global Energy Security“ vorgelegt. Geplant und koordiniert werden soll nach Vorschlag Russlands die globale Energiepolitik künftig von regelmäßigen jährlichen Treffen der Energieminister der G8 mit den Vorsitzenden der Internationalen Energieagentur, des Internationalen Energieforums, der OPEC und der führenden Energieimporteure und -exporteure.

Kernstück soll die Liberalisierung der globalen Energiemärkte sein. Der freie Markt für Konzerne im Energiesektor soll ausgebaut, politische und administrative Hindernisse sollen beseitigt, letztlich soll die Möglichkeit einer nachhaltigen staatlichen Energiepolitik zugunsten des freien Marktes aufgegeben werden. Die hohen Investitionen der Unternehmen für die Rohstoffgewinnung sollen durch langfristige Lieferverträge abgesichert werden. Damit wird einerseits die Ausbeutung von Rohstoffen in Entwicklungsländern durch Konzerne aus den Industrieländern forciert. Ihr „natürlicher Reichtum“, oftmals der einzige, den sie haben, wird auf diese Weise in die Industrieländer transferiert. Andererseits wird die nationale Gestaltungsfreiheit in der Energiepolitik durch die langfristige Bindung an Produzenten zumindest stark eingeschränkt. Durch den Saint-Petersburg Plan of Action würde das schon heute beträchtliche Erpressungspotenzial der Energiekonzerne weltweit gestärkt werden.

Der Zugriff auf Energierohstoffe war schon immer ein wichtiger Grund für kriegerische Handlungen. Bei knapper werdenden Ressourcen steigt damit auch die Kriegsgefahr. In der G8 sind Länder versammelt, die sich auch in der Vergangenheit nicht gescheut haben, gewaltsame Aktivitäten von der Unterstützung von Umstürzen bis hin zu Kriegen für ihre Rohstoffinteressen zu unternehmen. Deshalb darf die globale Energiepolitik nicht allein diesen mächtigsten Industrienationen überlassen werden.

Energiepolitisch setzt der „Saint-Petersburg Plan of Action – Global Energy Security“ weiterhin auf die hohe Abhängigkeit von fossilen und nuklearen Energieträgern und will deren Produktion steigern. Die Nutzung regenerativer Energieträger wird zwar ebenfalls erwähnt, auffällig ist jedoch das Fehlen jeglicher Zielvorgaben für den Ausbau erneuerbarer Energien. Auf dem vorbereitenden G8-Ministertreffen am 16. März 2006 in Moskau warb die russische Regierung für den Ausbau der Atomkraft und insbesondere für Programme zur Versorgung von Entwicklungsländern mit Atomenergie.

Vehikel für den weltweiten Ausbau der Atomenergienutzung soll die Einrichtung von Internationalen Brennstoffzentren unter Aufsicht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) sein. In diesen „Dienstleistungszentren“ sollen die kompletten Arbeiten der Brennstoffketten stattfinden, inklusive Urananreicherung und Atommülllagerung. Den Entwicklungs- oder Schwellenländern werden Atomkraftwerke inklusive den fertigen Brennstoffen verkauft, finanziert von den Regionalen Entwicklungsbanken unter der Ägide der Weltbank. Die Tatsache, dass in der Weltbank tatsächlich über den Einstieg in die Förderung von Atomenergie im Rahmen von Entwicklungskrediten nachgedacht wird, verleiht den russischen Vorschlägen eine beträchtliche Brisanz.

Von der Bundesregierung werden gegenwärtig unterschiedliche Signale zu diesem Thema ausgesandt. Während die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wiecek-Zeul, erklärt (vgl. Interview in der „Frankfurter Rundschau“ vom 2. Mai 2006), gegen die Finanzierung der Atomenergie durch die Weltbank

Front zu machen, verwies Bundeskanzlerin Angela Merkel zu den Vorschlägen Vladimir Putins lediglich auf die Atomausstiegspläne in Deutschland, verlautbarte aber keine Kritik an der Haltung des russischen Präsidenten.

Eine langfristige Weichenstellung für die Intensivierung der Ausbeutung der konventionellen Energieträger ist der falsche Weg und zementiert die derzeitige umwelt- und klimaschädliche Energieversorgung.

## **II. Der Deutsche Bundestag fordert ungeachtet der grundsätzlichen Kritik an der G8 die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass**

1. der „Saint-Petersburg Plan of Action – Global Energy Security“ zurückgewiesen wird. Die Bundesregierung muss sich für eine international gerechte und ökologisch verträgliche Energiepolitik einsetzen, bei der die unterschiedlichen Akteure mit ihren unterschiedlichen Interessen gleichberechtigt agieren können;
2. staatliche Gestaltungsmöglichkeiten auf dem Energiesektor nicht eingeschränkt werden. Im Gegenteil sollen solche Bemühungen unterstützt werden, die – wie in Bolivien – darauf abzielen, die Verfügung über die Energiequellen, Energieerzeugung und -distribution wieder stärker unter demokratische Kontrolle zu stellen. Versorgungssicherheit für alle zu sozial verträglichen Preisen muss Vorrang vor den Profitinteressen der Konzerne haben;
3. es keinen Einstieg der Weltbank in die Finanzierung von Atomenergie gibt und dass davon Abstand genommen wird, den Bau von Atomkraftwerken in Ländern der Dritten Welt mit Entwicklungskrediten zu fördern. Die Bundesregierung darf keine Festlegungen treffen, die den Ausbau der Atomenergienutzung befördern, sondern muss sich gerade auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen von Tschernobyl international für einen Ausstieg aus der Atomenergienutzung einsetzen;
4. der Ausbau der erneuerbaren Energien und eine effiziente Nutzung von Energie als Kernbeiträge für eine nachhaltige Energieversorgung in den Mittelpunkt einer internationalen Energiepolitik gestellt und entsprechende Zielvorgaben festgelegt werden. Öffentliche Mittel dürfen nicht weiter in die Finanzierung der Atomenergienutzung gesteckt werden, sondern müssen in ausreichendem Maße für erneuerbare Energien und Energieeinsparungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden;
5. auf dem G8-Gipfel in St. Petersburg und auf künftigen Treffen der G8 auf allen Ebenen darauf verzichtet wird, Entschlüsse herbeizuführen, durch welche die politischen Handlungsspielräume nicht beteiligter Staaten eingeschränkt werden. In diesem Sinne muss darauf verzichtet werden, Verabredungen der G8 über multinationale Institutionen oder durch ökonomischen bzw. diplomatischen Druck gegenüber an der Beschlussfassung Unbeteiligter durchzusetzen. Regionale Integrationsbestrebungen in Lateinamerika und andernorts dürfen nicht durch bilaterale und multilaterale Freihandels- und Assoziierungsabkommen behindert werden;
6. die Kritikerinnen und Kritiker der G8 in St. Petersburg die Möglichkeit haben, ihren Protest ohne Angst vor Repressionen vorzubereiten und deutlich und gewaltfrei zu artikulieren. Diejenigen, die zur Teilnahme an Protestkundgebungen oder Demonstrationen nach Russland einreisen wollen, dürfen daran nicht gehindert werden;
7. eine freie Berichterstattung in vollem Umfang sichergestellt wird;
8. Verhandlungen über Themen von globaler Bedeutung grundsätzlich vor der globalen Öffentlichkeit und unter Einbeziehung aller Betroffenen bzw. ihrer Vertretungen geführt und parlamentarisch kontrolliert werden;
9. Verabredungen zu global relevanten Themen nicht im Rahmen der G8, sondern im Rahmen von legitimierten Gremien unter umfassender Beteiligung aller Staaten und unter ausdrücklicher Berücksichtigung der betroffenen Interessen getroffen werden und dass dabei die gleichberechtigte Partizipation der Entwicklungs- und Schwellenländer sowie die

Einbindung der Parlamente und der Nicht-Regierungsorganisationen gewährleistet werden. Den geeigneten Rahmen dafür würden in ihren Kompetenzen gestärkte und demokratisierte Vereinte Nationen abgeben.

### ***18.5.2006 Kleine Anfrage und Antwort der Bundesregierung***

---

## **Position der Bundesregierung in den Verhandlungen über die Modalitäten zu den NAMA-Vereinbarungen von Hongkong**

**Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Lötzer, Heike Hänsel, Hüseyin-Kenan Aydin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. (Drucksache 16/1384) und Antwort der Bundesregierung (Drucksache 16/1528)**

### **Vorbemerkung der Fragesteller**

Der Handel mit Industriegütern macht mehr als 75 Prozent des gesamten Welthandels aus. Seit den 1990er-Jahren wird die weltweite Produktion vermehrt durch große Produktionsnetzwerke organisiert, die in mehreren Ländern operieren, entweder durch direkte Tochterunternehmen oder Vertragspartner. Diese Netzwerke und globalen Wertschöpfungsketten werden von den transnationalen Konzernen mit Hauptsitz in den USA, Europa und Japan dominiert.

Eine wichtige Einnahmequelle für Entwicklungsländer und Hauptinstrument ihrer Industriepolitik ist das Erheben von Einfuhrzöllen. Die Ergebnisse der NAMA-Verhandlungen (Non-agricultural market access – NAMA) werden deshalb gravierende Auswirkungen auf die Einnahmen der Entwicklungsländer haben. Ihr industriepolitischer Gestaltungsspielraum wird durch die angestrebte Zollsenkung stark eingeschränkt.

Auf der 6. WTO-Ministerkonferenz in Hongkong wurde zum ersten Mal die so genannte Schweizer Formel als Grundlage der angestrebten Zollsenkungen für Industriegüter und Rohstoffe festgelegt. Dies bedeutet, dass höhere Zölle stärker gesenkt werden müssen als niedrige. Das wiederum würde dazu führen, dass Entwicklungsländer, die in der Regel höhere Zölle haben als Industrieländer, stärker von den Auswirkungen betroffen wären. Die Erklärung von Hongkong sieht „Koeffizienten“ für die anzuwendende Formel vor, die jedoch nicht näher definiert wurden.

Darüber hinaus ist vorgesehen, eine Bindung von Zollsätzen mit ihrer gleichzeitigen Senkung zu verknüpfen. Eine Bindung von Zöllen bedeutet, dass sich das jeweilige Land auf verbindliche Obergrenzen für seine Zölle festlegt. Die Zollbindung reduziert die politische Flexibilität eines Landes, da es als Reaktion auf eine Importschwemme oder zum Schutz junger Industrien seine Zölle nicht über die gebundene Obergrenze hinaus erhöhen kann. Das Binden von Zöllen wird deshalb im Kontext internationaler Handelsvereinbarungen als beträchtliche Verpflichtung gewertet, da damit für das jeweilige Land ein Verlust an Souveränität über seine Handelspolitik einhergeht (siehe Artikel XXVIII bis 2(a) des GATT).

Ebenfalls im Blickpunkt steht der Abbau von so genannten nichttarifären Handelshemmnissen. Dies sind Maßnahmen zu Einfuhrregelungen, die keine Zölle sind. Hierunter fallen Subventionen, aber auch Zertifizierungssysteme, Gütesiegel, Ausfuhr- und Einfuhrverbote, soziale, ökologische und Gesundheitsstandards. Mit dem Abbau stehen daher wesentliche Möglichkeiten zur nachhaltigen Gestaltung des Handels zur Disposition.

### **Vorbemerkung der Bundesregierung**

Die in dem Einleitungstext der o. a. Kleinen Anfrage getroffenen Aussagen und Einschätzungen sind solche der Fragesteller.

*1. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass das Erheben von hohen und variablen Schutzzöllen ein wichtiges Instrument der Industriepolitik fast aller erfolgreichen Industrieländer gewesen ist, und wie begründet sie ihre Haltung?*

Die Bundesregierung teilt das unterstellte Plädoyer für hohe Schutzzölle als wichtigen Erfolgsfaktor für industrielle Entwicklung nicht. Die Frage zielt auf eine historische Bewertung, die mit einer einfachen Darstellung nicht zu erfassen ist.

*2. Welche Gründe könnten nach Meinung der Bundesregierung dafür sprechen, den Entwicklungsländern eine solche Möglichkeit zu verwehren?*

Die der Frage zugrunde liegende Prämisse wird von der Bundesregierung nicht geteilt. Die Verhandlungen im Rahmen des GATT und der WTO beruhen auf gegenseitigem Einverständnis aller Teilnehmer. Die sich abzeichnenden NAMA-Vereinbarungen dürften Entwicklungsländern erhebliche zollpolitische Flexibilitäten belassen.

*3. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass Wirtschaftszweige in den Entwicklungsländern, die sich gerade im Aufbau befinden (infant industries), ohne Schutzzölle mit den hochproduktiven Unternehmen der Industrieländer und ihren Importen meist nicht konkurrieren können, und wie begründet sie ihre Haltung?*

Die Bundesregierung nimmt nicht gutachtlich Stellung, sondern verweist auf vorliegende Untersuchungen und Publikationen.

*4. Sieht die Bundesregierung vor diesem Hintergrund andere Entwicklungsperspektiven für weniger produktive Wirtschaftszweige in Entwicklungsländern außer der zeitlich befristeten Ausbildung von Zulieferersektoren für Unternehmen aus den Industrieländern auf der Grundlage von Niedrigstlöhnen und prekären Arbeitsverhältnissen, und wenn ja, welche?*

Internationales arbeitsteiliges Wirtschaften zielt darauf ab, die unterschiedlichen Vorteile der einzelnen Länder bestmöglich zur wechselseitigen Nutznießung aller Beteiligten zur Geltung zu bringen. Die Europäische Union gewährt Entwicklungsländern im Rahmen der Allgemeinen Präferenzsysteme sowie den AKP-Staaten im Rahmen des Cotonou-Abkommens Marktzugangspräferenzen (den LDC sogar völlig freien Marktzugang), um es diesen zu erleichtern, im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Entwicklungsländer werden auch im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit darin unterstützt, ihre Angebotskapazitäten zu stärken.

*5. Welchen Beitrag könnte nach Meinung der Bundesregierung die Ausbildung stabiler binnenwirtschaftlicher Produktions- und Vertriebskreisläufe in den Ländern des Südens für die Armutsbekämpfung leisten?*

Die Unterstützung der Entwicklung einer leistungsfähigen Privatwirtschaft ist ein wichtiges Element jeder nationalen Strategie zur Steigerung von Wachstum, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und damit auch zur Armutsbekämpfung. Aufgrund der begrenzten Marktgröße in den meisten Entwicklungsländern wäre eine gezielte Förderung rein binnenwirtschaftlicher Produktions- und Vertriebskreisläufe unter Ausschluss der Potenziale der internationalen (globalen und regionalen) Arbeitsteilung sowie der entsprechenden Exportmärkte jedoch ineffizient. Die Bundesregierung unterstützt sowohl den Wunsch der Länder des Südens nach verstärkter Teilhabe am internationalen Handel als auch Bestrebungen zur regionalen Integration und zur Intensivierung des Süd-Süd-Handels.

*6. Welche Haltung nimmt die Bundesregierung gegenüber dem Einwand ein, dass der verbilligte Zugang zu importierten Waren nach dem Abbau von Schutzzöllen in den Entwicklungsländern einhergeht mit der Verdrängung einheimischer Produzenten von ihren Märkten und dass dadurch sowohl die Existenz vieler kleiner traditioneller Gewerbetreibender gefährdet als auch der Aufbau von Beschäftigungsalternativen im industriellen Sektor verhindert wird?*

Siehe hierzu die Antwort zu Frage 3.

*7. Wie beurteilt die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die Kohärenz zwischen den Entwicklungszielen der Millenniumskonferenz, insbesondere des Ziels der Armutsbekämpfung, und der Verhandlungsführung der EU in den NAMA-Verhandlungen?*

Die Bundesregierung unterstützt die EU in ihren Bestrebungen, sowohl im Verhandlungskapitel NAMA als auch in der gesamten Doha Development Agenda ein ausgewogenes Ergebnis zu erreichen. Eine Verbesserung der Bedingungen des internationalen Handels trägt – auch nach den Erkenntnissen von Studien – über die damit verbundenen Chancen für Wachstum und Beschäftigung auch zur Armutsbekämpfung bei. Die Bundesregierung hat sich gemeinsam mit der EU auf der Ministerkonferenz von Hongkong erfolgreich für die Bereitstellung des von der EU bereits seit Jahren gewährten Everything but arms-Ansatzes, d. h. des zoll- und quotenfreien Marktzugangs zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder (LDC) auch durch andere Industrieländer eingesetzt.

*8. Mit welchen konkreten Positionen geht die Europäische Union in die Verhandlungen um die Modalitäten der Zollsenkungsformel und der zugrunde zu legenden Koeffizienten, und welche konkreten Forderungen stellt die Bundesregierung hierzu?*

Die Bundesregierung unterstützt die Europäische Union, die eine Verbesserung des Zugangs zum Binnenmarkt im Austausch gegen eine Verbesserung des Zugangs in die Märkte wichtiger Partnerländer anbietet. Sie tritt für die baldmögliche Erfüllung des Doha-Mandats zu NAMA unter Berücksichtigung des Juli-Pakets 2004 und der Ministererklärung von Hongkong ein. Die Bundesregierung unterstützt die EU-Kommission in ihren Anstrengungen um die Vereinbarung einer effektiven Verbesserung des Marktzugangs durch Anwendung einer allgemeinen ambitionierten einfachen Schweizer Formel mit zwei Koeffizienten.

*9. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass die Schweizer Formel die Entwicklungsländer zu höheren Zollsenkungen verpflichten würde als die Industrieländer, obwohl im Doha-Mandat festgelegt wurde, dass die Entwicklungsländer „weniger als völlig reziproke“ Verpflichtungen zu Zöllen übernehmen müssten?*

Die in der Frage genannte Verknüpfung wird von der Bundesregierung nicht geteilt. Die Schweizer Formel bewirkt, dass höhere Zölle stärker gesenkt werden als niedrigere. Dies entspricht den Anforderungen des Doha-Mandats und gilt auch gegenüber noch bestehenden Zolllinien mit höheren Zöllen von Industrieländern. Dem vereinbarten Kriterium von weniger als völliger Reziprozität für Entwicklungsländer wird durch die so genannten Flexibilitäten oder durch die Anwendung von verschiedenen Koeffizienten in der einfachen Schweizer Zollsenkungsformel Rechnung getragen.

*10. Welche Position bezieht die Bundesregierung dazu, dass eine gleichzeitige Bindung und Senkung von Zollsätzen eine doppelte Last für die Entwicklungsländer bedeuten würde, von der die Industrieländer, von denen fast alle bereits eine 100-prozentige Bindung haben, verschont blieben?*

Diejenigen Industrieländer und Entwicklungsländer unter den WTO-Mitgliedern, die ihre Zölle bereits vollständig gebunden haben, haben damit bereits umfangreichere Verpflichtungen

tungen übernommen, von denen ihre Handelspartner in der WTO bereits bisher profitieren konnten. Diese sollen mit einer Vervollständigung ihrer Zollbindung nun nachziehen. WTO-Mitglieder, die bisher weniger als 35 Prozent ihrer Zolllinien gebunden haben, sollen bei erfolgreicher Vervollständigung der Zollbindung nicht verpflichtet sein, sich an der Senkung der Zollsätze zu beteiligen. Im eigenen Interesse geleistete freiwillige Beiträge bleiben davon unberührt.

*11. Welche möglichen Auswirkungen einer Zolllsenkungsvereinbarung auf die Haushalte solcher Länder, deren Zollaufkommen bislang ein Drittel bis die Hälfte der gesamten Steuereinnahmen ausmachen, und auf deren politische und administrative Handlungsfähigkeit sieht die Bundesregierung, und welche Maßnahmen könnten nach Meinung der Bundesregierung dazu geeignet sein, diese Ausfälle zu kompensieren?*

Die Auswirkungen dürften bei der Mehrzahl der Entwicklungsländer sehr begrenzt sein. Bei der Umsetzung der Doha-Entwicklungsrunde gehen die am wenigsten entwickelten Länder gar keine Zolllsenkungsverpflichtungen ein. Viele der übrigen Entwicklungsländer senken lediglich die gebundenen Zölle, nicht aber die tatsächlich angewandten, heute schon wesentlich niedrigeren Zölle. Von den danach noch verbleibenden, sich einstellenden potenziellen Einnahmerückgängen werden, eine angemessene Wachstumspolitik vorausgesetzt, das Wachstum des Handelsvolumens sowie, wie OECD-Studien belegen, die Vereinfachung von Zollverfahren Einnahmerückgänge weitgehend kompensieren, wenn nicht gar überkompensieren. Erleichtert wird diese Kompensationswirkung auch dadurch, dass Entwicklungsländer bei der Zolllsenkung zusätzlich Übergangsfristen nutzen können, innerhalb derer die Handelsvolumina bereits wachsen dürften. Dadurch würden entsprechende bisherige Abhängigkeiten reduziert. Im Übrigen hat sich die Bundesregierung seit längerem für Programme zur Kompensation von gravierenden Einnahmeausfällen bei Entwicklungsländern eingesetzt.

*12. Welche Alternativvorschläge wird die Bundesregierung einbringen, um – wie es die Doha-Erklärung verlangt – die „Bedürfnisse und Interessen der Entwicklungsländer ins Zentrum zu stellen“, nachdem die von der EU und anderen durchgeführten NAMA-Simulationen vom März dieses Jahres gezeigt haben, dass die so genannten Paragraph-8-Flexibilitäten einen verschwindend geringen Effekt auf die endgültigen durchschnittlichen Zölle der Entwicklungsländer haben würden?*

Die Bundesregierung teilt die Prämissen in der zweiten Hälfte der Fragestellung nicht. Die EU hat ebenso wie mehrere andere WTO-Mitglieder Daten für die Simulationen zur Verfügung gestellt. Die Aussagekraft der Simulationen ist begrenzt. Die Flexibilitäten würden den begünstigten Entwicklungsländern einen ganz erheblichen Gestaltungsspielraum für Ausnahmen von der Zollreduzierungsverpflichtung in sensiblen Bereichen eröffnen. Die endgültigen durchschnittlichen Zölle reflektieren nicht die vereinbarte Reduzierung auf Basis der einzelnen Zolllinien und enthalten auch keine Aussage über die unter den einzelnen Zolllinien tatsächlich gehandelten Produktvolumina. Die Bundesregierung unterstützt die EU auch bei ihren Angeboten für eine sachgerechte Differenzierung nach Leistungsfähigkeit der Entwicklungsländer.

*13. Wird die Bundesregierung sich vor diesem Hintergrund gegen die EU-Forderung nach einem Trade-off zwischen Paragraph-8-Flexibilitäten und einem höheren Koeffizienten für Entwicklungsländer in der Schweizer Formel stellen, und wie begründet sie ihre Haltung?*  
Nein, dafür besteht keine Notwendigkeit. Vergleiche im Übrigen die Antwort zu Frage 12.

*14. Welche Folgeabschätzungen bezüglich der Auswirkungen der diskutierten Koeffizienten auf die Arbeitsplatzsituation, die wirtschaftliche Entwicklung und die Wohlfahrtsent-*

*wicklung in Deutschland und der Europäischen Union wurden durch die Bundesregierung und die Europäische Union im Hinblick auf die Verhandlungen veranlasst?*

Eine konkrete Folgenabschätzung ist mangels der nicht vorhandenen Parameter nicht möglich. Die Bundesregierung verweist auf vorliegende Folgeabschätzungen zu den Auswirkungen einer Reduzierung von Handelsbarrieren insgesamt. Sie unterstützt entsprechende Folgeabschätzungsarbeiten einschlägiger internationaler Organisationen, in denen Deutschland als Mitglied engagiert mitarbeitet.

Für die EU kann keine Aussage zu der Frage getroffen werden.

*15. Welche Ergebnisse aus solchen Abschätzungen liegen der Bundesregierung vor, und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?*

Entsprechende Untersuchungen gehen im Fall eines vollständigen Zollabbaus insgesamt von erheblichen positiven gesamtwirtschaftlichen Impulsen und globalen Wohlfahrtsgewinnen aus. Diese würden sich bei nur teilweisem Zollabbau entsprechend reduzieren. Die Bundesregierung tritt daher für eine ambitionierte Zollsenskungsrunde ein.

*16. Sollte es solche Folgeabschätzungen nicht geben, auf welcher Basis werden dann mögliche Verhandlungspositionen zu Koeffizienten auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland und der EU ermittelt?*

Entfällt, siehe Antworten zu den Fragen 14 und 15.

*17. Gibt es vergleichbare Folgeabschätzungen für die Entwicklungsländer, und inwieweit werden Ergebnisse aus solchen Abschätzungen in der Verhandlungsführung der Bundesregierung und der Europäischen Union eine Rolle spielen?*

Die in den Antworten zu den Fragen 14 und 15 genannten Folgeabschätzungen beziehen sich auf Industrieländer und Entwicklungsländer. Die Bundesregierung und die EU berücksichtigen Ergebnisse aus solchen Abschätzungen bei ihrer Positionierung.

*18. Auf welche Länder zielt die Bundesregierung mit ihrer Forcierung der Marktöffnung für Nicht-Agrargüter vor allem?*

Mit ihren Bemühungen um eine wechselseitige weitere Marktöffnung für Nichtagrargüter zielt die Bundesregierung auf ihre wichtigsten Handelspartner und große dynamische Märkte in fortgeschrittenen Entwicklungsländern und Schwellenländern ab.

*19. Welche Position hat die Bundesregierung zu den Sektorverhandlungen, und welche sind in diesem Rahmen nach Ansicht der Bundesregierung die für die deutsche Industrie bedeutsamen Sektoren bei den Industriegütern?*

Die Bundesregierung setzt sich primär für die Vereinbarung einer ambitionierten allgemeinen Zollsenskungformel ein. Je mehr Fortschritte über die allgemeine Formel erreicht werden können, desto weniger Bedarf bleibt für schwierige Sektorverhandlungen. Deren Ergebnisse sollen nicht hinter dem bei Anwendung der allgemeinen Formel eintretenden Ergebnis zurückbleiben. Die Bundesregierung beobachtet die Sektorinteressen einzelner WTO-Mitglieder mit Aufmerksamkeit. Die bundesdeutsche Industrie ist sehr breit aufgestellt und hat entsprechend weit gefächerte Exportinteressen. Daher sind praktisch alle Sektoren von Bedeutung.

*20. Ist ein Industrieverband mit konkreten Interessen an die Bundesregierung herangetreten, und wenn ja, welcher und mit welchen Interessen?*

Die Bundesregierung pflegt mit einer Vielzahl sowohl von Verbänden, darunter auch Industrieverbänden, als auch von anderen Nichtregierungsorganisationen einen kontinuierli-

chen Dialog. Dabei werden fortlaufend zahlreiche, häufig divergierende und zu einem erheblichen Teil auch konträre Interessen an sie herangetragen.

*21. Verfügt die Bundesregierung aus der Durchführung von sog. Sustainability Impact Assessments oder anderen vergleichbaren Untersuchungen über Erkenntnisse bezüglich der Auswirkungen der geplanten Liberalisierungsmaßnahmen für die einzelnen Sektoren?*

Ja. Auf die Antwort zu Frage 22 wird verwiesen.

*22. Wenn ja, über welche, und inwiefern fließen diese Erkenntnisse in die Verhandlungsposition der Bundesregierung innerhalb der EU ein?*

Sowohl die EU-Kommission als auch die Bundesregierung verfügen über Erkenntnisse aus Sustainability Impact Assessments (SIA). Die Bundesregierung hat die von der EU-Kommission durchgeführten SIA sorgfältig geprüft. Ebenso haben einige Ressorts selbst ähnliche Studien zu bestimmten Themen veranlasst. So hat beispielsweise das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Jahr 2004 eine Studie zu den Auswirkungen der Liberalisierung von Transportdienstleistungen in Deutschland durchgeführt. Weitere – zum Teil noch laufende Untersuchungen – betreffen Forstprodukte, Fisch und Textilien. Die Bundesregierung stellt zur Bildung ihrer Verhandlungsposition die ihr vorliegenden Erkenntnisse in einen Abwägungsprozess ein.

*23. Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage der von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebenen Studie „Sustainability Impact Assessment of Proposed WTO Negotiations: Final report for the forest sector study“ vom 19. Juni 2005, die darauf hinweist, dass eine weitere Handelsliberalisierung in Ländern, die über unzureichende sog. Forest-Governance-Systeme verfügen, negative Nachhaltigkeitstrends verstärken und in Ländern mit hoher Biodiversität wie Brasilien oder Indonesien zu irreversiblen negativen Auswirkungen auf die Biodiversität führen kann?*

Die genannte Studie gibt aus Sicht der Bundesregierung einen wertvollen Überblick über die von Land zu Land differenziert zu sehenden möglichen Auswirkungen einer weiteren Handelsliberalisierung im Forstsektor. Sie enthält darüber hinaus wertvolle Empfehlungen für Begleitmaßnahmen zur Reduktion negativer Auswirkungen auf den Forstsektor und die Umwelt. Gleichzeitig zeigt sie auf, dass Handelsliberalisierungen im Agrarsektor einen weit größeren Einfluss auf Waldressourcen haben können als Handelsliberalisierungen im Forstsektor selbst.

*24. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung in Anbetracht der in vielen Ländern vorzufindenden unzureichenden Forest-Governance-Systeme aus dieser Aussage für die laufenden NAMA-Verhandlungen?*

Mögliche Auswirkungen weiterer Verhandlungen im NAMA-Bereich, unter anderem auf den Forstsektor, müssen nach Ansicht der Bundesregierung berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere hinsichtlich nicht-tarifärer Maßnahmen aus Umwelt- und sozialen Aspekten. Die Stärkung von Governance Systemen im Forstbereich in vielen Holzherzeugerländern ist derzeit Gegenstand einer Reihe von regionalen und internationalen Initiativen und Prozessen, so z. B. der FLEGT-Prozesse (Forest Law Enforcement Governance and Trade). Die EU engagiert sich hier mit ihrem FLEGT-Programm. Darüber hinaus steht dieses Thema im Mittelpunkt der waldbezogenen Entwicklungszusammenarbeit einer Reihe von Geberländern, so auch Deutschland.

*25. Welche Auswirkungen auf die Steigerung des weltweiten Holzeinschlages und des weltweiten Handels mit forstwirtschaftlichen Produkten sieht die Bundesregierung durch*

*eine Senkung der Zölle wie auch durch eine Beseitigung nichttarifärer Handelshemmnisse (NTB)?*

Die Senkung von Zöllen und die Beseitigung nichttarifärer Handelshemmnisse führen bei forstwirtschaftlichen Produkten – wie bei anderen Produkten auch – tendenziell zu einer Ausweitung des internationalen Handels. Dabei ist der in einigen Erzeugerländern bereits sehr hohe Exportanteil an illegalen Holzprodukten mit zu berücksichtigen, der in den offiziellen Statistiken keinen Niederschlag findet.

*26. Mit welchen negativen Auswirkungen auf die globale Umwelt kann das nach Ansicht der Bundesregierung verbunden sein, und wie will die Bundesregierung diesen möglichen negativen Auswirkungen begegnen?*

Siehe Antwort zu Frage 24.

*27. Welche Auswirkungen auf die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und die Überfischung der Meere sieht die Bundesregierung durch eine Senkung der Zölle auf Fisch und Fischprodukte wie auch durch eine Beseitigung nichttarifärer Handelshemmnisse (NTB)?*

Die Senkung von Zöllen und die Beseitigung nicht-tarifärer Handelshemmnisse führen bei Fischereierzeugnissen – wie bei allen anderen Produkten – tendenziell zu einer Ausweitung des internationalen Handels. Eindeutige Aussagen über daraus resultierende Auswirkungen auf die Ressourcenbewirtschaftung und auf Bestände, die überfischt sind, lassen sich allerdings nicht treffen. Der Einfluss der Einfuhrzölle dürfte aber – im Vergleich zu anderen Bestimmungsfaktoren – sehr begrenzt sein. Wesentlich bedeutsamer sind das Fischereimanagement, wozu insbesondere der Abbau von Flottenüberkapazitäten, die Festsetzung höchstzulässiger Fangmengen, die Anwendung so genannter technischer Maßnahmen (z. B. Maschenweiten, Mindestgrößen), die Regulierung des Fangaufwands sowie die Kontrollen zur Einhaltung der geltenden Vorschriften gehören und die Verringerung von Subventionen im Fischereisektor weltweit. Für diese Ziele setzt sich die Bundesregierung im Rahmen der Fortentwicklung der Gemeinsamen Fischereipolitik ein.

*28. Wie will die Bundesregierung diesen möglichen negativen Auswirkungen begegnen?*

Siehe Antwort zu Frage 27.

*29. Mit welchen Mitteln will die Bundesregierung verhindern, dass über den Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse Gesundheits- und Umweltstandards abgesenkt, Kennzeichnungen über Energieverbrauch, Produktions- und Handelsbedingungen und generelle Importverbote aus ökologischen Gründen als „protektionistisch“ untersagt werden?*

Die Bundesregierung teilt die Prämisse der Fragestellung nicht. Artikel XX GATT besteht weiterhin. Die Bundesregierung unterstützt die EG bei dem Einbringen von konkreten Vorschlägen zur Reduzierung von NTB und setzt sich für konkrete Ergebnisse ein. Diese werden nicht isoliert zu betrachten, sondern WTO-konform auszulegen sein. Die Bundesregierung setzt sich in der WTO dafür ein, dass umweltbezogene Maßnahmen, z. B. in Ausfüllung multilateraler Umweltabkommen, durch die Handelsregeln generell akzeptiert werden. Darüber hinaus unterstützt sie nachdrücklich die Bemühungen zur weitergehenden Senkung von Zöllen und anderen Handelshemmnissen für Umweltschutzgüter im Rahmen der aktuellen Welthandelsrunde sowie die Weiterentwicklung und Verbreitung nicht-diskriminierender Umwelt- und Sozialstandards durch internationale Institutionen und deren Anerkennung durch die WTO-Mitglieder.

*30. Unterstützt die Bundesregierung den von der EU-Kommission vorbereiteten Vorschlag zum weitgehenden Verbot von Exportsteuern, benannt „Negotiating Proposal on Export Taxes by the European Communities And Their Member States“, und teilt sie die Auffas-*

*sung, dass ein solches Verbot dem Wesen einer „Entwicklungsagenda“ entgegenlaufend letztendlich nur Entwicklungsländer treffen würde, da dieses legitime und WTO-konforme Instrument politischer Steuerung fast ausschließlich von Entwicklungsländern angewandt wird und die im Vorschlag enthaltenen Flexibilitäten nur Scheinflexibilitäten sind?*

Der Vorschlag der EU-Kommission ist mit den Mitgliedstaaten abgestimmt. Im Übrigen teilt die Bundesregierung die in der Frage enthaltene Bewertung nicht. Die Ausnahmen eröffnenden Flexibilitäten werden gerade mit Blick auf die Bedürfnisse der Entwicklungsländer in dem EU-Vorschlag sehr eingehend und ausführlich behandelt.

*31. Was sind die Beweggründe der EU-Kommission einen solchen Vorschlag im jetzigen Stand der Doha-Runde einzubringen bzw. der Bundesregierung diesen Vorschlag zu unterstützen?*

Die EG beteiligt sich, unterstützt von der Bundesregierung, aktiv an den NAMA-Verhandlungen. Die nichttarifären Handelshemmnisse sind ein Bestandteil dieses Verhandlungskapitels. Die Frist zur Einbringung entsprechender Vorschläge lief Ende April ab. Exportsteuern behindern den internationalen Warenaustausch.

*32. Hält die Bundesregierung angesichts der bisherigen Interessengegensätze im Bereich der NAMA-Verhandlungen und der Absage der für Anfang Mai dieses Jahres in Genf geplanten Ministerrunde das Ziel, im Jahre 2006 zu einem Abschluss der Doha-Runde zu kommen, noch für realistisch?*

Die Bundesregierung arbeitet weiterhin engagiert an dem Ziel mit, die Doha-Runde bis Ende 2006 zu einem substantiellen, erfolgreichen Abschluss zu bringen. Diesem Zieltatum haben sich alle WTO-Mitglieder verpflichtet. Die EG mit ihren Mitgliedstaaten allein vermag einen Erfolg der Runde allerdings nicht herbeizuführen. Erforderlich sind dafür auch ein entsprechender politischer Wille und substantielle Beiträge der Verhandlungspartner.

*33. Auf welchem Wege und mit welchen Angeboten oder Ultimaten sollen die Beteiligten zu einem Konsens gebracht werden?*

Auf die Antwort zu Frage 32 wird verwiesen. Weiterhin gibt es Anzeichen dafür, dass die Beteiligten ihre Verhandlungsanstrengungen erhöhen und intensivieren, um letztendlich zu einer allseitig annehmbaren Vereinbarung zu gelangen.

**21.6.2006 Rede im Deutschen Bundestag**

---

## **Entwicklungspolitik muss Alternativen zur Weltwirtschaftsordnung formulieren.**

*Rede der Entwicklungspolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Heike Hänsel in der Bundestagsdebatte zum Haushaltseinzelplan 23 (Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern, am 20. Juni, war der Tag des Flüchtlings. Frau Wieczorek-Zeul hat eine Presseerklärung dazu herausgegeben. Sie hat darin vor allem auf die Situation der Flüchtlinge in Darfur hingewiesen. Das halte ich für sehr wichtig; denn die Situation ist für sehr viele Menschen katastrophal. Mia Farrow war gestern ebenfalls anwesend und hat darüber sehr eindrücklich berichtet. Ich begrüße diese Initiative.

Allerdings vermisse ich, dass Sie am Tag des Flüchtlings kein Wort zu den Flüchtlingen gesagt haben, die Tag für Tag an den Außengrenzen der Europäischen Union ankommen, und dass Sie sich nicht dazu geäußert haben, wie wir mit diesen Flüchtlingen umgehen. Wie reagiert die EU auf diese Flüchtlinge? Wir schicken jetzt sogar mobile Eingreiftruppen auf die Kanarischen Inseln. Man muss sich das einmal vorstellen: Wo Touristen ihren Urlaub verbringen, werden Flüchtlinge mit Schiffen abgefangen, um sie dann in ihr Heimatland zurückzubringen.

Es gab vor kurzem einen sehr guten und eindrücklichen Bericht in der „tageszeitung“ über die Situation von Kleinfischern im Senegal, deren Existenzgrundlage zunehmend bedroht ist. Sie haben keine Einnahmequellen mehr, weil große EU-Fischereiflotten für eine enorme Überfischung im Hoheitsgebiet dieses Landes sorgen und schwimmende Fischfabriken in dieser Region Tag für Tag Fisch verarbeiten.

Was unternehmen diese Fischer nun? Sie vermieten ihre Boote, mit denen sie früher Fisch gefangen haben, an Flüchtlinge für die Überfahrt Richtung Europa. Damit kommen Menschen an unseren Außengrenzen an. Was ist unsere Antwort darauf? Zunehmend haben wir darauf eine militärische Antwort parat. Da stellt sich die Frage, warum wir Entwicklungspolitikerinnen und Entwicklungspolitiker keine andere Antwort haben und warum wir vor allem keine grundsätzlichen Debatten führen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es stellt sich außerdem die Frage nach den Strukturen unserer Wirtschaftsordnung. Wir haben auch heute gehört, dass wir sie im Zuge der EU-Verfassung weiterentwickeln wollen. Das neoliberale Modell soll ausgebaut werden, obwohl es sehr viele Probleme verursacht, für die wir keine Lösungen haben. Trotzdem entwickeln wir diese Politik konsequent weiter.

Wir müssen uns weiterhin die Frage stellen: Kann mit der jetzigen Weltwirtschaftsordnung das durch die Vereinten Nationen verbrieftete Recht der Menschen auf Entwicklung gewährleistet werden? Die Antwort lautet ganz klar Nein. Deshalb müssen wir grundsätzliche Alternativen dazu entwickeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei dieser und bei der letzten Debatte ist mir aufgefallen, dass wir die Millenniumsziele, die wir verabschiedet haben, überhaupt nicht thematisieren. Den ganzen Tag über gab es kein Wort dazu, wie die Armutsbekämpfung angegangen werden soll. Was sind unsere Antworten und wo setzen wir der Armut etwas entgegen?

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): Wir diskutieren doch gerade darüber!)

Sie können gerne eine Zwischenfrage stellen. Aber halten Sie sich ansonsten bitte zurück!

(Beifall des Abg. Volker Schneider (Saarbrücken) (DIE LINKE) - Steffen Kampeter (CDU/CSU): Sie haben jetzt vielen aus dem Herzen gesprochen! - Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE): Das stimmt!)

Ja, genau.

Die Antwort ist der freie Markt, mit dem anscheinend alle Probleme gelöst werden können. Aber er verursacht immer mehr Probleme, und das längst nicht mehr nur in den armen Ländern des Südens, sondern mittlerweile auch in unserer Region. Daher wollen wir an Alternativen anknüpfen, die es in vielen anderen Ländern gibt. Dazu werde ich gleich noch etwas sagen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die zunehmende weltweite Militarisierung. Die Entwicklungspolitik muss sich die Frage stellen, ob sie sich dafür instrumentalisieren lässt. Ganz aktuell stellt sich die Frage nach der zivil-militärischen Zusammenarbeit. Trotz der Verschärfung der Situation in Afghanistan gibt es weiterhin eine sehr enge Verknüpfung zwischen zivilen und militärischen Aufgaben. Ich sehe darin eine sehr große Gefährdung der dort arbeitenden Menschen und außerdem besteht die Gefahr, dass die Interessen der Entwicklungspolitik instrumentalisiert werden. Dem müssen wir eine ganz klare Absage erteilen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen uns auch mit dem dahinter stehenden Sicherheitsbegriff auseinander setzen. Auch das wurde heute mehrmals erwähnt. Wir müssen den Sicherheitsbegriff erweitern, ohne militärische Aspekte einzubringen. Es wird nämlich weltweit keine militärische Sicherheit geben, wenn es keine Weiterentwicklung der sozialen Sicherheit gibt. In diese Sicherheit müssen wir viel mehr investieren. Aber wenn wir uns den Haushalt anschauen, dann können wir erkennen, dass er das überhaupt nicht hergibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein aktuelles Beispiel ist der Kongo. Wir schicken 1 500 Soldaten in den Kongo. Wir entsenden aber nur 200 zivile Wahlbeobachterinnen und Wahlbeobachter dorthin. Das ist eine völlige Verkehrung der Aufgabe, die wir dort haben. So wird eine völlig falsche Gewichtung vorgenommen.

Da ich nicht sehe, dass von der auswärtigen Politik Antworten in diesem Bereich gegeben werden, ist es die Aufgabe von Entwicklungspolitikerinnen und Entwicklungspolitikern, sich für den Aufbau neuer Instrumente der zivilen Konfliktlösung einzusetzen, sowohl auf internationaler Ebene, also auf UNO-Ebene, als auch nationaler Ebene. Wir selbst haben uns für die Erhöhung der Mittel für den zivilen Friedensdienst eingesetzt. Eine deutliche Aufstockung wäre angebracht; diese hat es leider nicht gegeben. Es konnte gerade der Status quo beibehalten werden. Gleichwohl wäre es von entscheidender Bedeutung, viel mehr in diesen Bereich zu investieren, weil so ganz andere Möglichkeiten für Konfliktlösungen entwickelt werden könnten.

Zum Haushalt möchte ich noch ganz kurz Folgendes sagen:

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): Das ist ja auch eine Haushaltsdebatte!)

Erster Punkt. Es ärgert mich schon, dass bei der ODA-Quote Entschuldungsmaßnahmen und die Tsunamihilfe angerechnet wurden. Das halte ich nicht für seriös.

(Jochen Borchert (CDU/CSU): Was?)

Es handelt sich um Extraposten, die nicht dafür benutzt werden dürften, die ODA-Quote zu erhöhen.

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): Aber selbstverständlich!)

Statt sie durch einmalige Zahlungen zu erhöhen, müssten vielmehr feste Ausgabenposten im Haushalt eingeplant werden. In dieser Frage gibt es auch überhaupt kein Gegenargument; das räumt selbst die Ministerin ein.

Zweiter Punkt ist, dass keine neuen Finanzierungsmechanismen wie zum Beispiel die Flugticketabgabe, deren Einführung auch wir unterstützen, vorgesehen werden. Frau Ministerin, wenn Sie sich dafür einsetzen, sichere ich Ihnen unsere Unterstützung zu. Ich finde, die Flugticketabgabe ist längst überfällig.

Ein aus unserer Sicht interessanter Punkt ist es, dass es in Ländern auf anderen Kontinenten Alternativen gibt. Ich denke da zum Beispiel an Lateinamerika. Es gab den EU-Lateinamerika-Gipfel. Dort haben wir uns dafür engagiert, dass kein Freihandelsabkommen zustande kommt. Wir glauben nämlich, dass es in Lateinamerika nun vermehrt zu selbst bestimmter Entwicklung kommt. Wir halten zum Beispiel die Verstaatlichung der Erdgas- und Erdölreserven in Bolivien für einen der besten Beiträge zur Entwicklungspolitik der letzten Jahre.

(Beifall bei der LINKEN - Steffen Kampeter (CDU/CSU): Sie haben ja keine Ahnung!)

Es gibt dort weitere neue Ansätze, von denen Sie keine Ahnung haben. Sie beziehen mittlerweile völlig altbackene Positionen, weil Sie in keiner Weise für eine selbst bestimmte Entwicklung eintreten.

(Beifall bei der LINKEN - Hartwig Fischer (Göttingen) (CDU/CSU): Was reden Sie denn?)

Sie sitzen hier im Parlament, machen schlaue Sprüche, aber sind nicht bereit, in Gesellschaften zu investieren, um neue Prozesse anzustoßen.

(Gabriele Groneberg (SPD): Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Beispielsweise über regionale Integration wird anderswo versucht, neue Antworten zu geben.

(Hartwig Fischer (Göttingen) (CDU/CSU): Das haben wir letzte Woche in Darfur gesehen!)

Das ist eine andere Frage. - Was Sie machen, ist im Grunde genommen überholt. Sie kommen mit alten Antworten, obwohl es neue Ansätze gibt. An diese wollen wir anknüpfen. Wir werden die Menschen in Lateinamerika unterstützen und sehen uns als Teil einer Bewegung, die für die Umsetzung solcher Ansätze in Europa eintritt.  
Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Der Entwicklungspolitische Rundbrief wird herausgegeben von:**

**Heike Hänsel, MdB**

Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Obfrau der Fraktion DIE LINKE. im Unterausschuss Vereinte Nationen

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 179  
Fax: 030 227 – 76 179  
[heike.haensel@bundestag.de](mailto:heike.haensel@bundestag.de)

Mitarbeiter:  
Dr. Alexander King  
Henning Zierock

Wahlkreisbüro Tübingen (vorläufige Adresse):  
Heike Hänsel MdB  
Ammergasse 14  
72070 Tübingen

Telefon: 07071 – 20 88 10  
Fax: 07071 – 20 88 12

Wahlkreismitarbeiterin: Traudel Horn-Metzger  
[traudel.horn-metzger@heike-haensel.de](mailto:traudel.horn-metzger@heike-haensel.de)

Wahlkreismitarbeiter: Frederico Elwing  
[frederico.elwing@heike-haensel.de](mailto:frederico.elwing@heike-haensel.de)

Homepage: [www.heike-haensel.de](http://www.heike-haensel.de)

Dr. Armin Osmanovic  
Telefon: 030 – 227 52131

**Hüseyin-Kenan Aydin, MdB**

Obmann der Fraktion DIE LINKE. im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 491  
Fax: 030 – 227 76 491  
[hueseyin.aydin@bundestag.de](mailto:hueseyin.aydin@bundestag.de)

Mitarbeiter/innen:  
Sonay Ataç  
Dr. Frank Renken

Wahlkreisbüro in Duisburg:  
Hüseyin-Kenan Aydin MdB  
Mülheimer Str. 57  
47058 Duisburg

Telefon: 0203 – 80 55 677  
Fax: 0203 – 80 55 674

Wahlkreismitarbeiterin: Martina Ammann-Hilberath  
[hueseyin.aydin@wk.bundestag.de](mailto:hueseyin.aydin@wk.bundestag.de)

Referent für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
[amin.osmanovic@linksfraktion.de](mailto:amin.osmanovic@linksfraktion.de)